

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

10 Jahrgang.

Mittwoch, 26. Feber 1930

Nr. 49.

Erklärung der österreichischen Sozialdemokratie.

Zum Freundschaftsvertrag mit Italien.

Wien, 25. Feber. (Eigenbericht.) Im Nationalrat wurde heute das Haager Abkommen und der Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag mit Italien einstimmig angenommen. Bei der Beratung des Vertrages mit Italien gab Dr. Ellenbogen im Namen der Sozialdemokratie folgende Erklärung ab: Wir sind immer dafür eingetreten, daß die Republik mit allen Staaten Schiedsgerichtsverträge abschließen und werden deshalb auch für diesen Vertrag stimmen. Diese Abstimmung ist uns aber nur deshalb möglich, wenn der Vertrag mit Italien keine Einbeziehung Österreichs in die reaktionäre Staatenkorporation bedeutet, an deren Spitze Italien steht. Eine solche Einbeziehung in die italienisch-ungarische Entente würde den Interessen und Gefühlen des österreichischen Volkes widersprechen und wir würden sie deshalb mit ganzer Kraft bekämpfen. Unsere Abstimmung muß aber noch in anderer Beziehung wegen ihrer besonderen Bedeutung geschützt werden. Wir sind und bleiben durch die stärksten Bande der Solidarität mit dem italienischen Proletariat und mit der italienischen Demokratie verbunden, die unter dem Joch des Faschismus schmachtet. Wir werden auch nie darauf verzichten, das Gewissen der Welt gegen die Knebelung und Entnationalisierung der Deutschen Südtirols aufzurufen, die den feierlichen Versprechungen widersprechen, welche die italienische Regierung beim Abschluß des Friedensvertrages gegeben hat. Wenn wir für das Prinzip stimmen, daß alle internationalen Streitigkeiten, auch die zwischen Italien und Österreich, nicht durch Gewalt, sondern durch das Recht entschieden werden sollen, so geben wir uns keiner Täuschung darüber hin, daß die Gewalt aus den Beziehungen zwischen den Völkern erst dann ausgeremert werden wird, wenn auch innerhalb jedes einzelnen Volkes nicht faschistische Gewalt, sondern demokratisches Recht herrscht.

Reichsregierung beharrt auf dem Polenabkommen

Berlin, 25. Feber. (Eigenbericht.) Der Reichsaußenminister Curtius hat heute die Parteien wissen lassen, daß es zu einer Regierungskrise kommen werde, wenn der Reichstag nicht das deutsch-polnische Liquidationsabkommen zu gleicher Zeit mit den Young-Gesetzen verabschiede. Da inzwischen die deutsche Volkspartei ihren Widerstand gegen dieses Abkommen aufgegeben hat, so dürfte jetzt dessen Erledigung keine Schwierigkeiten mehr machen.

Schlimmer sieht es allerdings noch immer auf dem Gebiet der Finanzsanierung aus. Dem Vernehmen nach will der Finanzminister die Biersteuer auf das Doppelte des ursprünglich geplanten Betrages erhöhen und auch noch eine Steuer auf Mineralwasser vorschlagen, dagegen das von der Sozialdemokratie geforderte Notopfer in Form einer Extrasteuer der großen Einkommen nicht akzeptieren. Ohne gleichwertige Erhöhung direkter Steuern ist aber die Erhöhung der Konsumsteuern für die Sozialdemokratie nicht annehmbar.

Voraussichtlich wird sich morgen der Reichstag wieder auf eine Woche vertagen müssen, um in der Zwischenzeit eine Verständigung über die Finanzfragen herbeizuführen.

Betragskündigung gegen 1.300.000 deutsche Banarbeiter.

Berlin, 25. Feber. (Eigenbericht.) Durch die Kündigung der Lohnverträge seitens der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes in allen Tarifgebieten Deutschlands werden 1.300.000 Arbeiter betroffen. Die bisherigen Verträge laufen am 31. März ab. Durch die Kündigung wollen die Unternehmer die Arbeiter anscheinend nur von der Stellung von Lohnforderungen abhalten. Da die Banarbeiter zu den bestorganisierten Teilen des deutschen Proletariats gehören, so werden sie vor den Drohungen der Unternehmer wohl nicht zurückweichen, sondern einen Kampf darum führen, daß die Löhne auf ein den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßtes Niveau gebracht werden.

Chautemps in der ersten Kammer Sitzung gestürzt.

292 Stimmen gegen, 277 für die Regierung.

Paris, 25. Feber. Das Kabinett Chautemps, das sich heute nachmittag der Kammer mit seiner Regierungserklärung vorstellte, erlitt sofort in der ersten Sitzung, wie vielfach vorausgesagt wurde, eine Niederlage. Nach lebhafter Debatte über die Regierungserklärung schritt die Kammer gegen acht Uhr abends zur Abstimmung zunächst über den Vorrang der drei zur Tagesordnung eingebrachten Anträge, von denen zwei auf ein Mißtrauensvotum und nur der Antrag des Deputierten Antierou auf ein Vertrauensvotum hinauslief. Die Regierung stellte hierzu die Vertrauensfrage.

Das Ergebnis der mit Spannung erwarteten Abstimmung mußte mehrermale berichtigt werden, da eine Reihe von Deputierten statt eines mehrere Stimmentel abgegeben hatten. Als nach neun Uhr die Sitzung wieder ausgenommen wurde, teilte der Kammerpräsident mit, daß für die Regierung 277 Stimmen, gegen sie aber 292 abgegeben worden seien.

Auf der Rechten und der Mitte begrüßte man dieses Ergebnis mit einem Beifallsturm, während die Mitglieder der Regierung unter dem Beifall der Linken die Regierungsbank verließen.

Unmittelbar darauf begab sich der Ministerpräsident mit allen Kabinettsmitgliedern zum Präsidenten der Republik und überreichte ihm die Demission der Gesamtregierung. Der Präsident nahm die Demission an und betraute das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.

Was der Landwirtschaft fehlt.

Genosse Schweichhart über die Ursachen der Agrarkrise.

Prag, 25. Feber. In der heutigen Budgetdebatte ging Genosse Schweichhart in einer beifällig aufgenommenen Rede näher auf die dringendsten landwirtschaftlichen Probleme ein und legte dar, wie bisher auf diesem Gebiet alles, was mit Landwirtschaft auch nur das geringste zu tun habe, völlig vernachlässigt worden sei. Er analysierte die verschiedenen Ursachen der Krise, zeigte Wege zur Abhilfe auf und kritisierte dann im einzelnen das Budget des Landwirtschaftsministeriums, das ob der Fürsorge für einzelne favorisierte Zweige die Allgemeininteressen namentlich der kleinen Landwirte nur zu oft übersehen. Seiner auch für den Nichtfachmann aufschlußreichen Rede entnehmen wir:

Zum Kapitel Landwirtschaft will ich gleich einleitend betonen, daß unsere prinzipielle Stellungnahme hierzu die ist: gern alles Zweckmäßige zu bewilligen, um unseren heimischen Landwirten die Erfüllung ihrer Aufgabe im sozialen Sinne als Dienst am Volke zu ermöglichen. Wir sind uns dessen voll bewußt, daß dieses Problem nicht nur von ungeheurer volkswirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch äußerst kompliziert ist und mit den bisherigen Mitteln der kapitalistischen Wirtschaftspolitik nicht gemeistert werden kann. Die Landwirtschaft hat speziell in der Nachkriegszeit eine nie geahnte rasche Entwicklung durchgemacht, die sie aus der Enge der heimischen Verhältnisse mehr denn je zuvor in den toten Wirbel der kapitalistischen Weltwirtschaft gerissen hat. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt hat sich in Verbindung mit starker Ueberproduktion furchtbar verschärft. In der Industrie ist zum Teil doch schon eine allerdings im kapitalistischen Profitinteresse gelegene planmäßige Produktion zur Tatsache geworden.

unserer Landwirtschaft fehlen aber noch fast alle Vorbedingungen einer Planwirtschaft.

Immer mehr bricht sich auch in Kreisen nichtsozialistischer Volkswirtschaftler der Gedanke Bahn, daß angesichts der so bedeutungsvoll geänderten Situation in der Landwirtschaft neue Methoden angewendet werden müssen. Wurden früher die Schutzzölle allgemein als das Allheilmittel für die bedrängte Landwirtschaft angesehen, so mehren sich die Zahl jener Stills, die sich gegen die festen Zölle aussprechen, auch die gleitenden Zölle heute als unwirksam betrachten und lediglich sogenannte Berechtigungszölle als eine Notmaßregel gutheißen.

Auch in der Auffassung über den Wert der einzelnen Teile der landwirtschaftlichen Produktion vollzog sich ein großer Wandel. Der Getreideproduktion des Großbauernums wird nicht mehr die entscheidende Bedeutung beigemessen, sondern eher der Viehproduktion im Zusammenhang mit der Erzeugung von Milch und Butter. Dadurch gewinnt die Futtermittelproduktion erhöhte Bedeutung.

Eine Anpassung an die tatsächlichen Bedürfnisse, Nationalisierung und Organisation, Selbsthilfe ergänzt durch Staatshilfe, billige Frachttarife und Kredite, Steuerermäßigung usw. können der Agrarkrise einigermaßen steuern.

Es handelt sich bei der landwirtschaftlichen Krise wirklich um eine Weltangelegenheit, deren Ursachen sehr kompliziert und verschiedenartig sind. So einfach und mechanisch, wie sich mancher die

Lösung der Agrarkrise mit Hilfe von Zöllen allein vorstellt, ist die Sache wirklich nicht.

Man kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß innerhalb der heimischen Landwirtschaft gewisse Umstellungen zwingend notwendig sein werden.

Begreift man, welche riesige Arbeit theoretischer und praktischer Arbeit da notwendig erscheint, dann kommt man erst darauf, wie wenig in dieser Beziehung bei uns vorgekehrt ist. In einer Diskussionsdebatte des tschechischen Agrarklubs in Prag, über die in der „Wirtschaft“ vom 18. Jänner dieses Jahres berichtet wurde, wurde als Hauptgrund der Krise die Tatsache bezeichnet, daß von unseren inländischen Produzenten minderwertige Qualität auf den Markt gebracht wird. Es müßte daher, wurde dort gesagt, Aufgabe der kompetenten Organe sein,

die Landwirte zur Erzeugung von Qualitätsware zu bringen,

und sie so auf dem In- und Auslandsmarkt mit den ausländischen Produzenten konkurrenzfähig zu machen.

Der alte Bürgerblut hat in ganz besonderem Ausmaß das verschuldet, worüber Herr Kollege Windirsch im Budgetauschuss Klage führte, nämlich die schlechte Dotierung des Landwirtschaftsministeriums, soweit die allgemeinen Interessen in Frage kommen. Die speziellen Wünsche gewisser agrarischer Kreise allerdings wurden in der Regel ganz ausreichend berücksichtigt; ich verweise nur auf die 35 Millionen für Pferdezüchtung. Dagegen sind die Beiträge für Maschinenanlauf für Bauwesen, für Förderung des Pflanzenbaues usw. viel zu gering. Dasselbe gilt für die Neupflanzung der im Vorjahr von Frost zerstörten Obstanlagen, die für das obstruktive Elbetal ganz besonders wichtig ist.

Daß die Ertragsfähigkeit der Kartoffelproduktion nicht überall auf der Höhe ist, ist unbestritten. Es wird mit Recht die Errichtung von Trockenanlagen propagiert, wenn dies in größerem Maßstab geschähe, könnte man Ueberflüsse, die sonst vielfach verloren gehen, für schlechte Zeiten aufheben. Die notwendige

Erhöhung der Schlachtviehproduktion

hängt mit der Beschaffung billiger Futtermittel zusammen, die dem kleinen Landwirt häufig fehlen. Unsere Futtermittelproduktion steht nicht auf der Höhe der Zeit; die Wiesenenerträge machen oft kaum ein Drittel dessen aus, was bei entsprechender Düngung zu erzielen wäre. Damit ist die Notwendigkeit der Beschaffung billiger Düngemittel klar gegeben. Hinsichtlich der Milchproduktion können die Milchkontrollvereinigungen nützliche Arbeit leisten. Auch auf dem Gebiete der planmäßigen Schweineproduktion sind wir stark im Hintertreffen und es herrscht nach einem drastischen Wort noch immer eher eine Sauwirtschaft bei uns. Die Einfuhr von Vieh, Fleisch und Fett im Betrage von 7.8 Milliarden ist ein bedenkliches Manko unserer Produktion!

Die im Budget des Landwirtschaftsministeriums vorgesehenen Maßnahmen sozialer Natur wissen wir als vollständig unzulänglich bezeichnen.

Das ist um so bedauerlicher, als die sogenannten Landflucht, die Abwanderung der Landarbeiter (Schluß auf Seite 2.)

Moskau will Tote leben?

Für den 6. März hat Moskau den Befehl gegeben, in allen Ländern eine neue „revolutionäre“ Aktion in Szene zu setzen. Diesmal sollen die Erwerbslosen auf die Straße geholt werden, um den neuesten Parolen gemäß zu „demonstrieren“. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist dadurch in arge Bedrängnis geraten, denn seit Jahren will ihr keine größere Aktion gelingen und ihre unterschiedlichen Räte-Tage sind allesamt kläglich verlaufen. Ganz nach der hiesigen Platzvertreter der kommunistischen Zentrale, so würden sie sich am liebsten in ein Mausloch verkriechen, denn sie wissen, daß auch der 6. März nur mit einer Riesenblamage enden kann. Nicht einmal die Verzweiflung der Arbeitslosen wird stark genug sein, um sie zu bestimmen, sich zu Opfern der Banque-Spieler herzugeben. Doch was hilft! Die Dürftigkeit, in der die kommunistischen Führer stehen müssen, wollen sie nicht auf den immer höher ansteigenden Reichtum geworfen werden, zwingt sie zu slavischen Gehorsam und so suchen sie durch Parlamentsreden, Aufrufe und Zeitungsartikel für den 6. März Stimmung zu machen, so daß naive Erwerbslose glauben könnten, am 7. März werde alle ihre Not ein Ende haben.

Aus der Art der Aktion und der Aufmachung, die dem 6. März gegeben werden soll, ist Zweck und Ziel dieser Aktion leicht zu erkennen. Es sind mehrfache Gründe, welche die kommunistische Partei zu dieser wie zu allen ähnlichen Veranstaltungen bestimmen. Vor allem soll die Aufmerksamkeit der Arbeiteröffentlichkeit von den Vorgängen und Verhältnissen in Rußland abgelenkt werden. Es ist kein Zufall, sondern steht mit einander in innigster Verbindung, daß zugleich mit der Inangriffnahme des Fünfjahresplanes, der die russische Arbeiterchaft in das Joch verschärfster Ausbeutung zwingt, in Moskau ein Entsetzliches gemacht wurde, daß in Europa eine „unmittelbare revolutionäre Situation“ eingetreten sei und die Weisung an die Sektionen der kommunistischen Internationale erging, diese „akut revolutionäre Situation“ zu „akutrevolutionären Kämpfen“ auszunützen. In Rußland ist die Sozialpolitik abgebaut worden, in diesem größten Agrarlande der Welt gibt es in den Städten wieder wie in den ärgsten Kriegsjahren bei uns Brotarten, auf dem Lande herrscht Hunger und Verzweiflung, hunderttausende Bauern möchten der Hölle, zu der ihnen das Leben gemacht wurde, entfliehen, wenn ihnen wenigstens diese Freiheit geblieben wäre. Der Halbkommunist Armin T. Wegner, der Rußland bereiste, erzählt von einem Besuche in Jasnaja Poljana (dem ehemaligen Wohnort Tolstois, der bei seinem Tode sein Besitztum den Bauern als Eigentum hinterließ): „Ich blickte den Anaben fragend an, aber niemand versteht meine Verwunderung, und ich begreife, daß die meisten dieser Bauernkinder noch immer so arm sind, daß der Gedanke nur genug Kartoffeln zum Essen zu haben, sie allein schon beglückt.“

Damit von dem Hunger der sowjetrussischen Kinder und der unerhörten Ausbeutung, der die russischen Arbeiter unter der Geltung des Fünfjahresplanes ausgeht sind, in Europa nicht gesprochen werde, sucht Moskau die Arbeiter Westeuropas in einem ewigen „revolutionären“ Rausch zu erhalten, und läßt sie durch ihre Werkzeuge in den einzelnen Ländern, wie die jüngsten Vorfälle in Deutschland beweisen, immer aufs neue, vor die Knüppel und Revolver der Polizei treiben, läßt sie alle Anstrengungen machen, um durch Rutschaben-teuer zynischer Art Unruhe und Verheerung in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Alle, insbesondere in Deutschland veranstalteten Straßenkrawalle, wo der Bolschewismus bisher noch ein Experimentierfeld gefunden hat, haben der Arbeiterchaft noch nicht den geringsten Fortschritt gebracht, alle die Valgereien, Stachereien und Schiebereien, welche pompös als der Ausfluß wahrer revolutionärer Stimmung ausgedrückt werden, haben der Kapitalistenklasse nicht den geringsten Schaden zuge-

fügt, um so größeren dafür den Arbeitern, die sich zum Spielzeug der kommunistischen Führer hergegeben haben und der Sache der Arbeitererschaft überhaupt. Die Frivolität dieser Experimente, die bedenkenlos Arbeiterblut und Arbeiterleben opfert, lehnt heute bereits jeder im Besitze politischer Bildung befindliche Arbeiter ab, eben darum wenden sich die kommunistischen Panzerkorps an die Indifferenten, die „Gelben“ und an die Arbeitslosen, von denen sie voraussetzen, sie würden in ihrer ob ihres Loses verbitterten Stimmung am ehesten den lautesten Schreien folgen.

Noch andere Gründe sind es, welche Moskau zu diesen neuesten gefährlichen Spielereien treiben. Sein erstes und oberstes Ziel ist: die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu sprengen und da ihr dies trotz fieberhafter zehnjähriger Anstrengungen nicht gelingen wollte, möchte Moskau wenigstens den Gegnern, der Reaktion, in den Sattel helfen, damit von dieser Seite aus ein erfolgreicher Angriff auf die organisierte Kraft der Sozialdemokratie unternommen werde. Darum gab es noch keine Gelegenheiten, noch keine Hege gegen die Sozialdemokratie, bei der die geschworenen Klassenfeinde des Proletariats mit den Kommunisten nicht in einer Front, Schulter an Schulter, angetreten wären. Wenn auch nicht die mißbrauchten Arbeiter, so wissen es natürlich die kommunistischen Führer sehr gut, daß jedes sinnlose Unerbittlichsein, jeder leichtfertige und mit eifriger Niederlage der Arbeitererschaft endende Kampf zur Stärkung der Reaktion beitrage, aber das ist eben Ziel und Motiv der kommunistischen Politik und Taktik. Die Reaktion soll siegreich gemacht werden, damit sie an der Arbeiterbewegung das Zerstörungswerk vollbringe, das zu vollenden die kommunistische Partei sich als ohnmächtig erwies. Einfältige werden glauben, in den diversen Politbüros brächen jedesmal rasende Schmerzgefühle aus, wenn Arbeiter irgendwo von den Knüppeln der Partei verhandelt werden, aber das gesamte Streben und Trachten dieser fatalen Moskauer geht in Wirklichkeit im Sinne des neuesten bolschewistischen Kataklysmus gerade dahin, solche Zusammenstöße herbeizurufen, sie künstlich zu arrangieren. Das Los der Opfer, das nutzlos vergossene Blut der Arbeiter, die zerstörten Existenzen sind den Arranguren dabei mehr als schnuppe. Moskau will Blut, will Leiden sehen! Welch ein Fressen, wenn sich Gelegenheit ergibt — und diese Gelegenheit zu schaffen, das ist die letzte „Initiative“, der letzte Clou der kommunistischen Weisheit — über „Polizeiterrör“, über die „sozialfaszistischen Denkersknechte der Proleten“, die „sozialfaszistischen Schergen“ und wie alle die stereotypen Kraftworte aus dem kommunistischen Wörterbuch lauten, zetern zu können!

Noch kann daran nicht gezweifelt werden, daß es Moskau und seinen Handlangern gelingen wird, am 6. März, dem neuesten Stichtag der bolschewistischen Eigenrevolution an manchen Orten jene Kravalle zu erzielen, welche es anbefohlen hat. In der Tschechoslowakei wird, wie der jämmerliche Zustand der kommunistischen Bewegung und die bei früheren Gelegenheiten gesammelten Er-

fahrungen beweisen, der nun schon auf der Tagesordnung stehende Krach aus allen Vorbereitungen und großmütigen Antikündigungen resultieren. Schon darum wäre es ein Fehler, wenn die Polizeiorgane nervös werden und den kommunistischen Hasardeuren auf den Leim gehen wollten. Kein sozialistischer und Klassenbe-

Was der Landwirt fehlt

(Schluß von Seite 1.)
und Häuser in die Industriegebiete, nach wie vor ein ernstes Problem bleibt. Keine Spur von Wohnbauten, von wirklich sozialen Maßnahmen für unsere Landarbeiter, dafür aber Kürzung der Löhne. Damit wird der Landwirt natürlich nicht abgeholfen!
Die Masse der Landwirte besteht aus Kleinbesitzern, die von erhöhten Agrarzöllen keinen Nutzen haben

Der kleine Landwirt braucht eher einen ausgiebigen Pächterschutz, billige zollfreie Futtermittel,

billige, das heißt nicht durch Zölle verteuerte Werkzeuge und Maschinen, Abbau der Steuern und Gebühren, Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichts in jeder Form, auch durch Beispielschulen, Demokratisierung der Bundeskulturräte und nicht zuletzt auch eine

sozial gerechte Durchführung der Bodenreform, die ihm in Form eigenen Bodens der durch Anteil am Gemeindebesitz kein kümmerliches Dasein erleichtert. Damit kommen wir zum

Vorschlag des Staatsbodenamtes. Die Klagen, die wir seit elf Jahren über die kapitalistisch-nationalistische Tendenz des Staatsbodenamtes mit anderen Parteien erhoben haben, sind noch nicht gegenstandslos geworden; wir fordern deshalb nach wie vor die Revision des Zuteilungsverfahrens, namentlich hinsichtlich der Restgüter, deren Besitzer vorwiegend Propen und Spekulant sind. Gener kommt die Waldreform daran und es sollen heuer noch 200.000 Hektar beschlagnahmten Waldes in Staatsbesitz übernommen werden. Wir haben ja nichts dagegen, wenn auch der Staat seinen Waldbesitz vermehrt, aber wir fordern mit allem Nachdruck, daß auch die Ansprüche der deutschen Gemeinden endlich befriedigt werden und

daß die Waldreform nicht mehr nur ein Mittel nationalistischer Eroberungspolitik bildet.

Wenn wir als Koalitionspartei für den Vorschlag stimmen, so geschieht dies nur deshalb, weil wir eine Besserung der künftigen Gestaltung des Budgets im Interesse der Landwirtschaft und namentlich im Interesse der kleinen Landwirte erwarten. Wir nehmen lebhaftesten Anteil daran, weil eine gesunde Landwirtschaft, eine gesunde Forstwirtschaft nicht zum wenigsten die Vorbedingungen für einen wahrhaft sozialen Volksstaat bilden, den wir im Interesse der Gesamtheit erstreben. (Beifälliger Beifall)

Abluß der Budgetdebatte

Vorläufe des rechten agrarischen Flügels. — Heute Abstimmung über das Budget.

Prag, 25. Feber. Die Budgetdebatte im Abgeordnetenhause wurde heute abends gegen 11 Uhr termingemäß zum Abluß gebracht. Für die nächste Sitzung, die für morgen halb 11 Uhr vor-mittags anberaumt ist, bleibt noch das umfangreiche Schlußwort des Generalberichterstatters

wüthter, kein denkender Arbeiter wird sich bei dieser Komödie, die nicht der Hilfe für die armen Arbeitslosen, sondern der Förderung der reaktionären Gelüste der Bourgeoisie dienen soll, als Statist hergeben. Sie muß enden, wie alle vorangegangenen: in Kläglichkeit und Lächerlichkeit!

Dr. Snidel und die Verlesung und Abstimmung über die zahlreich eingebrachten Abänderungsanträge und Resolutionen reserviert. Auch soll noch die 20 Millionenstiftung anlässlich des Geburtstages des Präsidenten erledigt werden.

In der Debatte zur Gruppe III (Wirtschaft und Verkehr) sprachen heute noch 17 Redner, darunter von unserer Fraktion die Genossen Schweichhart und Grünzner, deren Reden zur Landwirtschaftskrise, bezw. zum Budget der staatlichen Unternehmungen und zur Staatsangestelltenfrage wir an anderer Stelle würdigen.

Gleich unter den ersten Rednern befand sich der tschechische Agrarier Dr. Zabina, der als Vertreter des extremen Flügels der Agrarier nur allzu bekannt ist. Es war daher nicht weiter verwunderlich, daß er auch diesmal die alten Schlagworte von der Notwendigkeit eines hohen landwirtschaftlichen Zollschatzes auskramte und der angeblichen Empörung der Landwirtschaft Ausdruck gab, daß das jetzige Regime sie ohne Schutz lasse. Die landwirtschaftlichen Produkte hätten einen Zollsatz von 5 bis 7, während die Industrieprodukte nur in etwa 20 Prozent aller Fälle einen Zollsatz von 7 bis 10, in etwa 30 Prozent einen solchen von 10 bis 20 und in 50 Prozent aller Tarifposten eine Steigerung auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorkriegsstand aufzuweisen hätten. Diese Verhältnisse der Zollsätze würden zu Disparitäten zwischen Agrar- und Industriezöllen vorerst ausgleichend werden müsse, und zwar, wie er auf einen Aufruf des Abg. Dobač erklärte, teilweise durch Erhöhung der Agrarzölle, teilweise durch Herabsetzung der Industriezölle. Redner verlangt weiters Vertragsrevision gegenüber Unarn und Einführung eines Interventionsfonds für Getreideeinkäufe. Erst müsse im Inland ein Preisverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft geschlossen werden bevor man den Wiener Rohstoffmarkt schließen könne.

Auch der nächste Redner Kolas, den die tschechischen Agrarier vorklärten, benutzte sich ziemlich freierfüßig. Er ging neuerdings gegen den Minister Schleichhart los und suchte den Nachweis zu führen, daß die Arbeiter- und Beamtenfamilien ganz gut eine Mietserhöhung auf das Dreifache ertragen könnten: sie würden dann immer erst mit ungefähr 11 Prozent ihrer Gesamtansgaben für Wohnzwecke besorgt werden was gegenüber der Vorkriegszeit, wo die Leute 20 Prozent für die Wohnung ausgaben immer noch wenig sei. Als aufmerksamster Zuhörer hatte sich Abg. Kauschmann, der sich auf die Galerie verlagerte, die ihm zum Schluß Beifall flüchtete. Der amtierende Vizepräsident verwornte hierauf die Galerie.

Die vierte Budgetgruppe Finanzen, wurde in den Abendstunden in Anoriff genommen. Da die Redezeit der meisten Clubs bereits erschöpft war, wählten sich hierzu nur noch fünf Redner zu Wort. Darunter verlas der Herr Kremsler, der sich mit der „Kollisionsfinanzfrage“ der Selbstverwaltungskörper befahte und aufzeigte, wie man durch ein „provisorisch-kollektives“ System die Selbstverwaltungskörper wieder auf eine gesunde Basis stellen könnte. Wir werden uns mit seinen interessanten Ausführungen morgen noch ausführlicher beschäftigen.

Die Reorganisierungskommission an der Arbeit.

Prag, 25. Feber. Die Kommission für die Reorganisation der Dienststellen der Staatsangestellten trat nach Abschluß der längeren Zeit dauernden Vorarbeiten Dienstag, den 25. Feber 1930 zu einer Plenarsitzung zusammen, die mit einer kurzen Unterbrechung von früh bis in die späten Abendstunden dauerte. Nach Eröffnung der Sitzung durch Finanzminister Dr. Engliš wurden die einzelnen Ressorts in drei Gruppen geteilt:

- 1. Wirtschaftliche Zweige (Eisenbahnministerium, Ministerium für Post und Telegraphen, für öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft).
 - 2. Administrative Zweige (Ministerium des Innern, der Finanzen, für Schulwesen, des Handels, Gesundheitswesens und des Ministerium für soziale Fürsorge).
 - 3. Die übrigen Zweige und Spezialbehörden (Justizministerium, Oberster Verwaltungsgerichtshof, Nationalverteidigungsministerium, Kanzlei des Präsidenten der Republik, Ministerrat, Präsidium, Oberstes Rechnungskontrollamt, statistisches Staatsamt, staatliches Bodenamt, Ministerium des Neuhörsen, Verpflegung und Uniformierungsministerium).
- Auf heutigen Tage trugen die Vertreter der einzelnen Ressorts der ersten Gruppe (wirtschaftliche) ihre Vorschläge vor, worüber die Generaldebatte abgeführt wurde. Die Detailberatungen wurden einer Unterkommision übertragen, die mit der größten Beschleunigung arbeiten wird, damit über die Ergebnisse in der Plenarsitzung am Dienstag, den 4. März verhandelt werden kann. — In der gleichen Weise werden auch die übrigen Gruppen behandelt werden.

Ausnahmszustand gegen Freidenker?

Die Abgeordneten Schleichhart und Genossen richteten an den Minister des Innern wegen des Verbotes von Versammlungen im Leitmeritzer Gebiete folgende Interpellation:

„Der Bund proletarischer Genossen...“
den 9. Feber 1930 zwei Versammlungen, und zwar in Dobositz und in Polratitz einberufen. Die Anmeldung dieser Versammlungen wurde am 6. Feber von der Bezirksbehörde Leitmeritz zur Kenntnis genommen, am 7. Feber teilt jedoch die Behörde den Veranstalter mit, daß nachträglich der Behörde „solche Umstände zur Kenntnis gelangt seien, welche die Befürchtung begründen, daß sie zur Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung führen könnten.“ Zwischen dem 6. und 7. Feber können unmöglich irgend welche besondere Ereignisse eingetreten sein und es kann auch nicht angenommen werden, daß die Behörde nach Erteilung der Bewilligung aus eigenem Antrieb Erhebungen gepflogen hat; es bleibt also nur die Möglichkeit offen, daß von dritter Seite ein Eingreifen in den Gang der Verwaltung erfolgt ist. Da die Regierung in ihrer programmatischen Erklärung solche Eingriffe auf das entschiedenste verurteilt hat, da ferner die Praxis der Bezirksbehörde in Leitmeritz in dieser Hinsicht ganz vereinzelte besteht — es werden im Bezirke Leitmeritz Versammlungen der Freidenker regelmäßig verboten — fragen wir den Herrn Minister: Was gedenkt der Herr Minister zu tun, um der verfassungsmäßig garantierten Versammlungsfreiheit Geltung zu verschaffen?“

Da die gute alte Elbestadt Leitmeritz Brichojitz ist und außerdem die „Katholische Aktion“ von dort aus geleitet wird, kann man sich ungefähr vorstellen, wer es veranlaßt, daß in der dortigen Gegend die Freidenkerorganisation das ge-

Jch oder — Jch?

Roman von Herman Hagedorn.
Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.
(Rechtlich vorbehalten.)

39)

Sie schritt wirklich zum Fenster und riß die Fensterflügel auf.
Sie wunderte sich, daß die kühle Luft, die hereinströmte, sie wohl munter machte, sie aber nicht erwachen ließ.
„Ich werde springen!“ sagte sie ganz laut und schwang sich auf das Fensterbrett.
Tief und drohend lag der Park unter ihr. Aber ehe sie abspringen konnte, ging die Tür des Zimmers auf.
Johann kam herein und stieß einen langen, gellenen Schrei aus.
„Er ist tot! Wer hat ihn getötet?“
Es war Kram's Diener Johann und Inge erkannte ihn.
„Träumte sie etwa doch nicht?“
Inge wurde unsicher und sprang wieder ins Zimmer.
Johann ging auf Inge zu.
Inge fühlte würgende Hände an ihrer Kehle und den Ruf:
„Mörder!“
„Nun muß ich aber bestimmt erwachen!“ dachte Inge und sie fühlte, wie sie keine Luft mehr bekam und ihre Beine schlaff wurden.
Sie wehrte sich nicht einmal.
Sie mußte ja erwachen aus dem Alpdruck. Da, Alpdruck... daher die Atemnot! Quatsch... es gab keinen Johann der ihre Kehle würgte... Traumspuk! Nichts weiter!
Dann aber konnte sie auf einmal wieder atmen.
Sie sah einen leuchtenden, traumelnden Diener Johann vor sich.
„Fräulein von Grabow?“

„Ja!“ sagte Inge und wurde wieder unruhig.
Sie fühlte das rauschende Blut, und die beklemmende Angst, daß dies alles wahr und doch kein Traum sei, fiel peitschend über sie her.
„Haben Sie ihn... ge... tötet?“ schrie Johann und wich von Inge Schritt für Schritt zurück.
„Ich fand ihn tot daliegen!“ sagte Inge und rieb die stehenden Schläfen.
Sie selbst hatte hundert Fragen auf der Zunge. Und nun fragte man sie...
Aber dann war die Szene plötzlich wie verändert.
Johann begann zu weinen...
Er weinte mit der Verzweiflung und Haltlosigkeit alter Männer. Seine Schultern zuckten. Sein Gesicht blieb trotz des Weinens wie erstarrt, und die Tränen liefen in großen, schweren Tropfen darüber hin...
„Ich habe ihn sehr geliebt!“ Er wandte sein Gesicht mit dem Ausdruck rührender Hilflosigkeit Inge zu und murmelte: „... ich weiß, er war schlecht... aber... das hat damit nichts zu tun... Ich liebte ihn...“
Und fast ohne es zu wollen, sagte Inge:
„Die Polizei sucht ihn! Sie wollten ihn schon verhaften erst...“
Inge konnte nicht weitersprechen, denn durch das offene Fenster drangen schrille Polizeipfeiffe. Inge hörte viele lauernde Schritte im Park.
„Die Polizei kommt!“ stöhnte Johann.
Inge wandte sich neugierig dem Fenster zu. Und in diesem Augenblick erlosch das Licht.
„Warum?“... fragte Inge. Jemandes Uhrwerk war im Zimmer, die Inge in Klänge war.
„Johann!“ rief sie.
Aber Johann antwortete nicht.
Inge wußte, daß der Lichtschalter neben der Tür war. Ihr war, als ginge eine Tür. Aber

alle Geräusche wurden erstickt von schlagenden Türen und vielen eilenden Schritten...
Inge fand den Lichtschalter und das Licht flammte auf.
Einen Augenblick war Inge geblendet.
Dann aber schienen ihre gehetzten Sinne den letzten Stoch zu bekommen.
Sie wurde mitten hineingeschleudert in den kreisenden Wahnsinn.
Der Lote stand in der Mitte des Zimmers.
Er blinzelte ein wenig in dem hellen Licht.
Dann aber breitete er die Arme aus und fing darin die taumelnde Inge auf.
„Inge!“
Zwei heiße Lippen preßten sich auf Inges Mund.
„Du bist tot!“ schrie Inge grell mit irren Sinnen.
„Kein!“ sagte der Mann, der sie hielt, ruhig und schloß fester seine Arme um sie...
„Dein Blut dort!“ Inge zeigte auf die Blutlache...
Der Mann, der Inge hielt, wurde seltsam bleich, und Inge fühlte sein leises Zittern...
„Das ist nicht mein Blut, noch bin ich schuldig daran!“
Er sah starr über die Frau in seinem Arm fort.
Er sah zur Tür...
Dort stand Inspektor Raffka und jede Hand trug einen Revolver.
„Ich verhafte Sie wegen Mordes!“
Die Arme ließen Inge los und sie hörte nichts, als ein verzweifeltes:
„Es ist zu Ende!“

lassen. Inge suchte unter dem Klang dieser Fesseln zusammen.
„Mörder?“ dachte sie.
Aber mit diesem Wort verband sich für sie keine Vorstellung. Es erschreckte sie weder, noch empfand sie Grauen vor dem Wort.
Sie war von den Ereignissen der Nacht stumpf geworden. Es gab keine Ungeheuerlichkeit mehr, die sie erschrecken konnte.
Und doch war das Weib in ihr so mächtig noch, daß ihre erste Frage an den Mann in Fesseln war:
„Warum wolltest du mit Hildegard Fritjoff stiehen? Warum hast du deinen Eid gebrochen?“
Vielleicht rang sich diese Frage nur ihrem Unterbewußtsein ab? Vielleicht wurde ihr kaum klar, daß sie diese Frage stellte?
Leftmanns blaßes Gesicht hob sich zu Inge auf:
„Ich kenne keine Hildegard Fritjoff! Wer ist das?“
Ueber Inges Gesicht lief ein equalter Ausdruck:
„Warum mußt du jetzt noch lügen, Benno?“
Sie wandte sich ab und sie fühlte, daß die Welt von nichts als einer unendlichen Traurigkeit erfüllt war. Eine Traurigkeit, in der sie ertrank wie in der Tiefe eines Sees.
„Benno?“ rief Inspektor Raffka höhnisch.
Er wandte sich an Inge:
„Unädiges Fräulein, dieser Mann ist nicht Benno Kram! Dieser Mann hat die letzten zehn Jahre im Zuchthaus gefessen. Er heißt Paul Bestmann und ist ein...“
„Mörder!“ vollendete Paul Bestmann ruhig und der schwache Abglanz eines spöttischen Sächelns tauchte wieder um seine Lippen auf.
Raffka wunderte sich sehr über das Benehmen Inges. Sie stieß weder einen entsetzten Schrei aus, noch wandte sie sich verächtlich von dem Gefangenen ab.
(Fortsetzung folgt.)

28. Kapitel.
Ein falscher Befehl.
Bestmann hatte sich ohne Kampf oder Gegenwehr von Raffka die stählernen Fesseln anlegen

schlich gewährleistete Recht der Versammlungsfreiheit bisher nicht ausüben konnte. Dieser unglaubliche, mittelalterlich anmutende Zustand muß ein Ende finden.

Erfolgreicher Vertragsabschluss in der Länderbank.

Ende voriger Woche wurde nach fast einjähriger Dauer die vom Verband der Bankbeamten in der Länderbank geführte Lohnaktion erfolgreich beendet. Die hiebei getroffenen Vereinbarungen bringen der Beamtenschaft wesentliche Verbesserungen des Zustandes, der nach dem vorjährigen Gehaltstrotz des Direktors bedingt eingetreten war. Das Gehaltsschema wird durch Einführung von zwei „Doppeltufen“ verbessert. Auf diese Weise tritt eine Erhöhung der Bezüge in der 15. Gehaltstufe von rund 2000 K jährlich im A Schema, bzw. von 1600 K im B Schema ein, während die in den Großbanken als Ergänzung des Schema eingeführte Dienstzulage 1500 K jährlich beträgt. Einschränkungen der Vorrichtung bis zur fünfzehnten Gehaltsstufe sind zwar möglich, haben jedoch infolge der neu getroffenen Vereinbarung das meiste von ihrer ursprünglichen Schärfe verloren. Das wesentlichste materielle Zugeständnis der Bank, das sie noch zwei Tage vor Liquidierung des Konkurses als vollständig unbillige Forderung zurückwies, besteht darin, daß sie im Schema (Minimaltarif) auch über der 15. Stufe eine weitere automatische Erhöhung der Bezüge durch Einführung von 5 Erziehungszulagen im Betrage von je rund 1000 K, bzw. 800 K verbürgt. Auf diese Weise hat der Länderbankbeamte (Handelsakademiker) die Erziehung eines Minimaleinkommens von circa 28.000 K, bzw. 32.000 K (Handelschüler) im Verhältnis zugesichert. Dazu kommen noch Frauen- und Kinderzulagen, die 3000 K, bzw. 3400 K jährlich betragen.

Wichtig ist auch, daß die Personalpolitik des Institutes eine schwere Niederlage erlitten hat. Die grundsätzliche Kündigung des Vertrauensmannes ist zurückgenommen und es sind überdies Verhandlungen über die noch nicht geregelten Personalangelegenheiten, wie z. B. Ueberstundenvereinbarung, zugesagt. Dieses Ergebnis wurde zunächst dadurch erreicht, daß die Leitung der Gewerkschaft und die organisierte Beamtenschaft der Länderbank es verstanden haben, die Aktion — besonders nach der pflichtlichen Kündigung des Vertrauensmannes — mit der notwendigen Umsicht zu führen. Der Erfolg stellte sich jedoch erst nach den auf parlamentarischen Wege von den Vertretern der gemeinsamen Landeszentrale und unserer Partei durchgeführten Interventionen ein. In einer Justizministerkonferenz der Beamtenschaft der Länderbank, die das erzielte Verhandlungsergebnis einmütig genehmigte, wurden mit besonderem Dank festgestellt, daß der günstige Vertragsabschluss durch das Eingreifen des Genossen Dr. Czoch in seiner Eigenschaft als Fürsorgeminister ermöglicht wurde. Das Fürsorgeministerium entsandte die Ministerialrat Ing. Polorny (Gewerbeinspektorat) zu den Schlussverhandlungen, bei denen Gen. Abg. Taub die Rechte der Beamtenschaft in erfolgreicher Weise zu vertreten verstand. Man darf wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß das Gesamtresultat der Aktion zu einer weiteren Stärkung des freigewerkschaftlichen und auch des sozialistischen Gedankens in den Kreisen der Bankangestellten beitragen wird.

Das gute Recht der Staatsangestellten auf anständige Bezahlung.

Genosse Grünzner über die Bedingungsmöglichkeiten einer Gehaltsregulierung.

Prag, 25. Feber. Während der Budgetdebatte ging Genosse Grünzner heute auf die Vorschläge der Eisenbahnen und der Labalregie näher ein und brachte hiezu verschiedene Wünsche und Beschwerden vor. Dann ging er zur Besprechung der Forderungen der Staatsangestellten über und legte ziffernmäßig dar, daß zur letzten Gehaltsregelung nicht nur die ausdrücklich zu diesem Zwecke bewilligten 700 Millionen neuer Steuern nicht angerührt wurden, sondern daß man darüber hinaus gegenüber dem Jahre 1925, dem letzten Jahre vor der „Regelung“, noch Ersparnisse gemacht hat, die in die Hunderte von Millionen gehen. Selbstverständlich nahmen sich Genosse Grünzner auch der Forderungen der Altrentenisten warmstens an. Er führte u. a. aus:

Der Eisenbahnverwaltung werden im diesjährigen Voranschlag 575 Millionen für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt. Gegen das Vorjahr bedeutet das ein Mehr von 242 Millionen, aber auch diese erhöhte Summe reicht bei weitem nicht aus, den

Küstand in unserem Verkehrsweisen vollständig zu beseitigen. Wiederholt haben wir auf die besonders notwendige Erneuerung der Bahnhöfe in Böhmen-Weipa, Bodenbach, Aussig, Komotau usw. hingewiesen, die mangels der notwendigen Bedienung immer wieder aufgeschoben werden. Das Gleiche gilt von Trautenau, dessen Bahnhof riesig überlastet ist, so daß man sich wundern muß, wenn dort nicht größere Unglücksfälle passieren. Man würde rund eine Milliarde brauchen, um unser Verkehrsweisen den heutigen Anforderungen anzupassen. Wir erwarten, daß im nächsten Budget für Investitionen noch größere Beträge eingestellt werden, schon aus Rücksicht auf das Personal, das seinen anstrengenden Dienst vielfach in direkten Aufschüssen verrichten muß.

Die Tabakregie erwartet in diesem Jahre einen Ueberschuß von 1188 Millionen, um 101 Millionen mehr als im Vorjahre. Eine Kassenumschneide, die sicherlich geeignet wäre, den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen die Löhne entsprechend den gegenwärtigen Lebenshaltungskosten aufzubessern. Hier kommt es jedesmal bei Doppeltagierungen zu Komplikationen zwischen der Verwaltung und den Angestellten, weil **die Feiertagsfrage** bisher nicht geregelt ist. Ein diesbezüglicher Antrag lag zwar schon dem früheren Parlament vor, doch konnten sich die damaligen Koalitionsparteien nicht einigen. Es ist interessant, daß die deutschen Christlichsozialen heute, wo sie nicht mehr in der Regierung sind, für die endliche Befreiung der Vorgabe über die Doppeltage eine große Interesse an den Tag legen; solange sie in der Regierung waren, haben sie sich darum allerdings wenig gekümmert. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, diese Vorlage demnächst zur Beratung und Beratung zu stellen.

Der Herr Finanzminister hat in seinem Exposé erklärt, daß an eine Regelung der

Bezüge der Staatsangestellten ins solange nicht zu denken sei, als nicht die notwendigen Ersparnisse gemacht werden. Der Herr Minister ist der Meinung, daß unser Staatshaushalt noch immer überlastet sei, und er will neuerliche Ausgaben unter keinen Umständen zulassen. Wir stimmen mit ihm darin überein, daß unsere Verwaltung zu stark bürokratisiert ist; aber die Staatsangestellten können natürlich nicht warten, bis die Reform durchgeführt ist. Bei

der feinerzeitigen Beratung des Abgabengesetzes haben wir wiederholt verlangt, man möge zuerst die Verwaltung reformieren und dann den Abbau am Personal festsetzen durchführen, ohne daß er sich besonders schmerzhaft für die Angestellten und Arbeiter auswirken würde. Aber damals hat man tauben Ohren gegedigt. Heute kommt man darauf, daß durch den Abbau die Pensionsfonds ungemein schwer belastet wurden.

Aus dem Handbuch III des Statistischen Staatsamtes kann man entnehmen, daß die Mittel für eine den Lebenshaltungskosten entsprechende Regelung der Bezüge der Staatsangestellten wohl aufzubringen wären.

Dort heißt es, daß der Personalauswand für alle Staatsangestellten einschließlich jener in den staatlichen Unternehmungen im Jahre 1925, also vor dem Inkrafttreten des Gehaltsgesetzes 4506 Millionen betrug. Dieser Aufwand hat sich nach Inkrafttreten des Gehaltsgesetzes um 367,5 Millionen vermindert, im Jahre 1927 sogar um 432 Millionen und im Jahre 1928 804 Millionen! Zur Bedienung des Gehaltsgesetzes hat sich die damalige Finanzverwaltung vom Parlament neue Steuern und Abgaben im Betrage von 700 Millionen bewilligen lassen, die jedoch, wie aus den Rechnungsabschlüssen ersichtlich ist, für andere Zwecke verwendet wurden.

Man hat also die Staatsangestellten und Lehrer in den Jahren 1926 bis 1928 um die angeführten Beträge sowie um die bewilligten 700 Millionen jährlich gebracht. Das macht eine Summe von 3,7 Milliarden Kronen aus, die an den Staatsangestellten erpart wurden! Diese Beträge würden zu einer anständigen Gehaltsregelung vollständig ausreichen.

Es gäbe schließlich auch andere Möglichkeiten, die notwendige Bedienung dafür zu beschaffen. Wir müssen daher nicht allzu besorgt um die Bedienung sein, sondern wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Staatsangestellten das gute Recht haben, anständig bezahlt zu werden. Sie stehen ja weit unter dem Gehaltsniveau der Staatsangestellten anderer Länder. Wir haben bereits im Sommer namens der öffentlichen Angestelltenorganisation der Regierung eine Denkschrift mit unseren grundsätzlichen Forderungen auf völlige Aenderung der Gehaltsgesetze überreicht. Da eine solche Aenderung viel Zeit erfordert, haben wir nunmehr die wichtigsten Forderungen herausgegriffen. Dazu gehört die Forderung nach

Auszahlung eines bezeichneten Monatsgehaltes, der ebenso wie die übrigen Aktivitätsbezüge auch in die Pension eingerechnet werden soll. Daran sind natürlich auch die Angestellten der autonomen Körperschaften interessiert.

Hinsichtlich der Altrentenisten sieht der Herr Finanzminister leider auf dem Standpunkt, daß nur ein Teil der Altrentenisten, und zwar die ältesten, angezogen werden sollen. Es werden da sicher wieder viele neue Ungerechtigkeiten entstehen. Es wäre zweckmäßiger und würde dem Ziele vollständiger Angleichung der Altrentenisten näher kommen, wenn der Ausgleich nach Kategorien, wie sie aus Grund der Gesetze im Laufe der Jahre entstanden sind, erfolgte. Vor allem dürften auch die im Gefolge des Abbaues Pensionierten nicht aus dieser Gleichstellung ausgeschlossen werden.

Wir erwarten, daß in dieser Hinsicht schon in der nächsten Zeit etwas geschehen wird und daß die Frage der Regulierung der Bezüge und der Dienstverhältnisse der Staatsangestellten ernstlich in Angriff genommen wird. Unsere Unterstützung werden wir dabei nicht verlagern! (Beifall)

Vertragsabschluss in der Landwirtschaft.

In der gestrigen Sitzung des Landesbeirates für Böhmen war es möglich, die Richtlinien für das Jahr 1930 zum Abschluss zu bringen. Nach wochenlangen Verhandlungen ist es endlich gelungen, dieses Ergebnis zu erreichen. Es war nicht leicht die unveränderte Annahme der Richtlinien durchzusetzen. Die in der Landwirtschaft verzeichnende Preiskrise gab den Landwirten die Möglichkeit, zu erklären, daß sie nicht in der Lage seien, die alten Löhne weiterzuzahlen. Es ist diese Behauptung der Agrarier gewiß nicht so als volle Münze zu nehmen, als es die Agrarier nun schon wochenlang tun. Aber daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft keine übermäßig guten sind, ist ja eine Tatsache, die nicht geleugnet werden kann. Wenn unter solchen Verhältnissen ein Abschluss der Richtlinien erzielt wurde, der die Löhne des Vorjahres sichert, so ist dies gewiß ein Erfolg, mit dem den Arbeitern die Sicherung ihrer Existenz gebracht wird.

Es sei hier daran erinnert, daß die Agrarier in den früheren Verhandlungen immer erklärten, nicht mehr in der Lage zu sein, die vorjährigen Löhne weiterzuzahlen und als die Arbeitervertreter einen Abbau der Löhne energisch ablehnten, haben die Agrarier die Verhandlungen zerfallen lassen. Sie sind daran gegangen, ihren Mitglie dern den Auftrag zu geben, die Löhne um 15 Prozent ab 1. Jänner zu kürzen. Auf diese Weise glaubten sie die Arbeiter einzuschüchtern. Aber auch diese Maßnahme der Arbeitgeberorganisation hat keinen Erfolg gehabt. Die Arbeiter haben sich durch nichts einschüchtern lassen und so den Arbeitgebern bewiesen, daß die Zeit, wo nur der

Spanien und Polen.

Soeben ging eine Diktatur, in Spanien, zum Teufel, aber die polnische Regierungspresse, immer noch von den diktatorlustigen Bilsubdritten besorgt, widmete diesem für sie unerfreulichen Ereignis nur sehr spärliche Zeilen. Ueber Studentendemonstrationen usw. wurde berichtet, nicht aber, daß die Armee im Süden bereit zum Aufstand war und sonst auch dem Diktator Primo de Rivera die Gefolgschaft verweigerte. Dies könnte für die polnische Armee, die viel politisiert — man zwingt sie dazu durch fortwährende Nachkämpfe der Regierungslustigen — schwerwiegende Folgen haben. Sie ist ja ohnehin seit dem Mai-Umsturz von 1926, wie übrigens das ganze Volk in Polen, in zwei Lager, für und gegen Bilsubdritt, geteilt, wozu die Fäden noch vom Weltkrieg her kommen, wo die Bilsubdritten anseits der Zentralmächte kämpften, ihre Gegner aber die Befreiung Polens von der Entente erhofften.

Nicht das Spanien Primo de Riveras, sondern Mussolini (es tut den Italienern weh, nennt man auch jetzt ihr Land beim Namen) ist das Musterbild für die Bilsubdritten: wie der „Marsch gegen Warschau“ im Mai 1926 eine Kopie des „Marsches gegen Rom“ war, sodann die Gründung der „Schützenorganisation“ nach dem Vorbild der „Milits“ erfolgte, so schritt man zuletzt daran, das Parlament zu erschöpfen, ganz nach der mussolinischen Vorbildvorlage, die zu einem gefügigen Werkzeug in Händen des Diktators degradiert, von der ganzen Opposition demonstrierend verlassen wurde. Die polnische „Sejmokratie“ zeigt aber, schon seit Jahr und Tag, eine große Widerstandsfähigkeit gegen die Erdrosselung; inzwischens kopierten die Gegner das Mussolini-Wort im Gebiete des Parteiwesens: sie versuchten die bestehenden Parteien zu zerbrechen, was ihnen nur teilweise in bezug auf die Nationaldemokratie, gelang (der Wel, zugleich Großgrundbesitzer, wurde durch das Versprechen einer Milderung der Bodensteuer gewonnen, was erst neulich herauskam) und weil es in bezug auf die Arbeiter- und Bauernparteien nicht gelang, so gründete man eine eigene Arbeitspartei, die aber bei den Wahlen 1928 sich mit allerlei Defektoren anderer Parteien in einen Regierungsbündel zusammenschweißen ließ, um überhaupt etwas zu bedeuten. Man gründete auch eine gemeinsame Organisation der Städte und Dörfer, aber weder Stadt noch Dorf waren stark genug, um ihr zur Existenz die nötige Mitgliederzahl zu verschaffen und sie mußte schließlich liquidiert werden. Schließlich versprach man sich viel im Lager der Bilsubdritten von der Allgemeinen Föderation der Arbeit, die nicht mehr und nicht weniger als die Gewerkschaften auf den parteilosen, will heißen: regierungstreuen Boden nur „zum Wohl des Staates“ hinüberlocken sollte — wiederum ein Gegenstück zu der mussolinischen Verstaatlichung, nicht bloß der Arbeit, sondern auch des Arbeiters selbst und der Gewerkschaften. Nach einem Monat nach der misslungenen Erdrosselungsoperation am Sejm, am 31. Oktober v. J., welcher Tag einen Wendepunkt in der politischen Geschichte des neuen Polens bedeutet, hat man den Obersten Rat der Allgemeinen Föderation der Arbeit eine Sitzung abhalten lassen und als Lauspreise für die Arbeiterschaft die schönsten wirtschaftlichen Pläne, aber nur Pläne, aufgeworfen.

Inzwischen ist die Wirtschaftslage selbst noch katastrophaler geworden, die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße gewachsen und, als natürliche Konsequenz der beiden Erscheinungen, die Zahl der Unzufriedenen im Lande. Aber die diktatorlustigen Bilsubdritten scheinen davon keine ernste Notiz zu nehmen: ihre Presse vom 17. d. M. sagt unumwunden, es müsse der „Sejmokratie“ ein Ende bereitet werden, es näherte sich die Zeit neuer Kämpfe, vom Interesse der Mai-Revolution diktiert (um dieselbe weiter zu entfalten), ihre Wettkämpfer gewinnen die Kräfte wieder, die in den letzten Wochen die Sejmokratie ihnen zerreiben wollte: auf ihren Aufruf werden — so bilden sich die Bilsubdritten ein — alle gefunden und dem Staate ergebene Elemente folgen. Die „Therapie des Parlaments“ hat doch nichts genützt, es soll eine blutige Operation vorgenommen werden.

Der wahre Grund dafür ist aber nichts anderes, als: in der Budget-Kommission des Sejm und im Plenum des Sejm wurden Millionen aus dem Dispositionsfonds von drei Ministerien: des Auswärtigen, des Innern des Kriegsministeriums glatt gestrichen. Man wollte so die unerwünschte Propaganda im Auslande sowie einen ganzen Wald der Regierungsblätter im Lande selbst und die schädlichen Extravaganzen des Kriegsministers (über 2000 Offiziere verschiedener Rangen wurden seit Mai 1926 in Ruhestand versetzt und pensionsfähig geworden) für die Zukunft vereiteln. „Attentat gegen das Lager der Mai-Revolution!“ — schreiben die Bilsubdritten, denn wie könnten sie ohne die polnische Telegraphen-Agentur (PAT) und ohne den subventionierten Blätterwald, darunter das Blatt des falschen Sozialisten Przedzwicki, regieren? Und wie könnten sie ihre Mai-Revolution noch weiter entfalten, wenn sie die Armee nicht mehr von ihren Gegnern säubern dürften?

Es sieht beinahe so aus, als wenn der Parlamentarismus in Polen den diktatorlustigen Militarismus zu erschöpfen sich anschickte...

Die Militaristen wollen demnach, weil sie schließlich nichts zu verlieren haben, die Kraftprobe riskieren, immer in das Vorbild Mussolinis, nicht aber — das von Primo de Riveras andächtig verfluchten, obwohl die allzubiele politisierende und trotz Säuberung immer noch in zwei Lager gespaltene Armee Polens dieses Spanien viel ähnlicher als Italien erscheinen läßt.

Gr'ede, Bro', Arbeit
Und die Parolen am Frauentag! Alle Frauen und Männer nehmen daran teil!

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker.

Mittwoch, den 26. Feber findet um 8 Uhr abends im „Verein deutscher Arbeiter“, Smekly 77, die

ordentliche Generalversammlung

statt.

Wunder der menschlichen Haut. Daß unsere Haut ein Wunderwerk ist, unendlich reich an anatomischen Gebilden, das zeigt der bekannte Forscher Dr. Fritz Kahn in seinem hervorragenden Werke „Das Leben des Menschen“...

Steuerecke.

Weitere Vorschriften über die Vorschreibung und Eintreibung der Steuer

(Siehe Artikel in Nr. 39, vom 12. Feber und Nr. 42 vom 18. Feber 1930.)

Ein Grundsteuerzahlungsauftrag braucht nur dann dem Steuerpflichtigen zugestellt werden, wenn sich seine Steuerpflicht gegenüber dem Vorjahre infolge Durchführung von Änderungen im Grundkataster geändert hat.

Erucht der Steuerpflichtige um einen Zahlungsauftrag innerhalb der für die Einsichtnahme in die Vorschreibungsausweise festgesetzten Frist, so ist ihm ein besonderer Zahlungsauftrag zugustellen. (§ 106)

Das Gesetz um Herausgabe des Zahlungsauftrages ist stempelpflichtig.

Hat der Steuerpflichtige für die Grundsteuer keinen Zahlungsauftrag erhalten, so hat er kein Recht zur Berufung. (Durchführungsverordnung zu § 106 St.-G.)

Wie kann sich nun ein Steuerpflichtiger gegen eine unrichtige Bemessung der Grundsteuer klagen?

Gemäß § 104 St.-G. wird die Grundsteuer für jedes Kalenderjahr, nach Ablauf desselben, von allen steuerpflichtigen Grundstücken bemessen. Nach durchgeführter Bemessung hat die Steuerbehörde jede Gemeinde mittels besonderer Rundmachung mit dem Bemerkten zu verständigen, daß die Steuerpflichtigen bei der zuständigen Steuerbehörde innerhalb 15 Tagen in die Vorschreibung Einsicht nehmen, Aufklärungen einholen und um Ausstellung eines Zahlungsauftrages ansuchen können.

Zu welchem Zeitpunkte diese Vorschreibungen aufliegen müssen, ist aus dem Gesetze nicht ersichtlich. Jedenfalls werden sie nirgends vor dem 15. April, sondern erst nach diesem Tage aufliegen. Grundsteuerpflichtige müssen daher, wenn sie nicht um das Recht der Berufung gebracht sein wollen, aufpassen, wenn die betreffende Rundmachung in ihrer Gemeinde veröffentlicht wird.

Grundsteuer und Hauslastensteuer

sind sogenannte Katastersteuern im Gegensatz zu den Einkommensteuern d. h. es braucht für sie kein Einkommnis eingbracht werden und es wird kein Zahlungsauftrag hinausgegeben.

Einkommen-, Gewerbe-, Hauszins- und Rentensteuer müssen einbekannt werden und sind daher Einkommnissteuern.

Bei der Katastersteuer werden alljährlich nur die Veränderungen in den Kataster eingetragen und dieser Auszug wird dann in den Gemeinden durch 15 Tage zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Dieses öffentliche Auflegen tritt an Stelle der Bescheide über die Einreichung der einzelnen Gebäude in die Tarifklassen.

Gegen die Steuerpflicht und die Höhe der Steuer kann die Berufung an die Finanzbehörde zweite Instanz, Landesfinanzdirektion) eingebracht werden, welche endgültig entscheidet. Die Berufungsfrist beginnt mit dem der Beendigung der Auflegung des Auszuges in der Gemeinde folgenden Tage.

Die Berufung ist schriftlich einzubringen. Ein des Lesens und Schreibens Unkundiger kann die Berufung auch mündlich zu Protokoll geben. (§ 330 St.-G.)

Einwendungen gegen Mahnungen und gegen Verfügungen bei der Steuerexekution.

Neben den Berufungen kennt das Steuergesetz auch Einwendungen. Einwendungen können erhoben werden gegen die Mahnung und gegen Verfügungen beim Vollzuge der Exekution. Nicht zu verwechseln ist eine Berufung mit der Steuerexekution selbst.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Neue Produktionspläne des Vereines für chemische und metallurgische Produktion.

Der Verein für chemische und metallurgische Produktion in Aulstift baut, wie wir der „Wirtschaft“ entnehmen, eben in Falkenau eine kleine Anlage zur Erzeugung von Luftstickstoff, die später ein Aggregat eines großen Betriebes bilden soll, falls sich die Anlage bewährt. Die Versuche, die der Verein seit langem angestellt hat, werden als gelungen bezeichnet und man will den Luftstickstoff nach eigenen Methoden gewinnen. Sehr weit gediehen sind auch die Versuche, die mittels Kohlenhydrierung die Erzeugung gewisser Hilfsstoffe für die Kunststoffe-, Spritzglas- und Essigsäureherstellung bezwecken, so daß man mit der baldigen Aufnahme dieser neuen Produktionszweige rechnet. — Die Majorität der Aktien des Vereines liegt in den Händen der Solvay-Gruppe und der Zivnostrojka banka, wobei die Solvay-Gruppe allerdings dominierend sein dürfte. Diese Gruppe, die vor allem in der Soda-fabrikation gemeinsame Interessen mit dem Aulstiftiger Verein hat, ist an diesem bereits seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts interessiert. Gelegentlich der nächsten Generalversammlung dürfte Oberdirektor Dr. Preis, der schon heute die Verwaltungsgeschäfte leitet, offiziell zum Präsidenten der Gesellschaft gewählt werden. Ende dieses Jahres wird die Generaldirektion von Karlsbad nach Aulstift verlegt werden, wobei ein Teil der Direktion zwecks Erleichterung des Verkehrs mit den Behörden nach Prag disloziert werden dürfte. Die derzeitige Beschäftigung des Vereines ist ziemlich normal. Den Anfall im Inlandsgeschäfte trachtet man durch Export wettzumachen. Bisher wurden beim Verein noch keine Arbeiterentlassungen vorgenommen. Die Dividende wird wieder 40 Kronen betragen, und man hat, allem Anschein nach, die Absicht, diese Dividende zu einer stabilen Rente zu machen.

Die Lohnbewegung der Bauarbeiter in Jägerndorf erfolgreich abgeschlossen. Der Verband der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie (Sib Prag), Kreissekretariat Jägerndorf, überreichte im November d. J. den Baumeistern Lohnforderungen für die Bauzeit 1930 in Jägerndorf. Im Dezember v. J. fanden die ersten Verhandlungen statt, bei denen die Baumeister jede Lohnhöhung rundweg ablehnten und erklärten, daß auf Grund der Verbil-

lung der Lebensmittel und der voraussichtlichen schlechten Baukonjunktur die bisherigen Löhne abgebaut werden müßten. Sie, die Baumeister wollen lehteres aber nicht tun und sind daher bereit, den abgelaufenen Lohnvertrag unverändert zu verlängern. Dies erklärten sie für ein großes Zugeständnis, über das sie unter keiner Bedingung hinausgingen. Daher zerschlugen sich die Verhandlungen. Die Bauarbeiterorganisation gab sich aber nicht zufrieden, betrieb die Lohnaktion weiter und so kam es zu neuerlichen Verhandlungen, die am 19. Feber 1930 in Jägerndorf stattfanden. Auch bei diesen Verhandlungen haben die Unternehmer gegen unsere Vorschläge alles Erdenkliche einzutun versucht und es müßten einige Sonderberatungen abgehalten werden, ehe es zu einem für die Bauarbeiter günstigen Abschluß kommen konnte. Es gelang schließlich einen neuen Vertrag abzuschließen, demzufolge die bisherigen Stundenlöhne um 10 Heller erhöht wurden. Im heißen Ringen ist es dem Lohnkomitee selbst in der schlechten Zeit gelungen, nicht nur einen Lohnabbau zu verhindern, sondern auch noch eine Lohnhöhung durchzusetzen. Wie sich die Bauarbeiterlöhne in Jägerndorf seit drei Jahren durch den Einfluß der Bauarbeiterorganisation entwickelt haben, zeigt klar und deutlich die nachstehende Zusammenstellung: Ab August 1927 wurde gezahlt per Stunde: Für Vorarbeiter (Maurer und Zimmerer) 3.40 K. Für Maurer und Zimmerer im ersten Gehilfenjahr 2.30 K. Für Maurer und Zimmerer im zweiten Gehilfenjahr 2.70 K. Für Maurer und Zimmerer ab 3. Gehilfenjahr 2.70 bis 3.— K. Für Fassader 3.40 K. Für Handlanger, männlich und weiblich unter 18 Jahren 1.30 K. Für Handlanger, weiblich, über 18 Jahre 1.60 K. Für Handlanger, männlich, über 18 Jahre 1.95 bis 2.10 K. Ab 3. März 1930 wird gezahlt per Stunde: Für Vorarbeiter (Maurer und Zimmerer) 4.60 K. Für Maurer und Zimmerer im ersten Gehilfenjahr 2.90 bis 3.20 K. Für Maurer und Zimmerer im zweiten Gehilfenjahr 3.30 bis 3.70 K. Für Maurer und Zimmerer ab 3. Gehilfenjahr 4.— bis 4.20 K. Für Fassader 4.10 bis 4.60 K. Für Handlanger, männlich und weiblich unter 18 Jahren 1.70 bis 1.90 K. Für Handlanger, weiblich, über 18 Jahre 2.— bis 2.20 K. Für Handlanger, männlich, über 18 Jahre 2.60 bis 3.— K. Das ist ein beachtenswerter Erfolg der freien Bauarbeitergewerkschaft, aber noch immer sind diese Löhne zu niedrig. Sie wären sicher bedeutend höher, wenn alle Bauarbeiter ihrer Kampforganisation angehören würden.

Kunst und Wissen.

Opern-Gastspiel. In der montägigen, nicht allzu erfreulichen Aufführung der Beethoven'schen Meistersoper „Fidelio“ sang Frau Anna Wolf-Driner als Gast auf Anstellung die Partie der Leonore. Die Künstlerin hat vor elf Jahren unserem Opernensemble als hochdramatische Sängerin angehört; als sie unser Theater verließ, hat man ihren Verlust rasch vermisst. Frau Wolf-Driners Stimme, die schon seinerzeit Mängel erkennen ließ, aber die nicht hinweggehören war — vor allem Unreinheit der Intonation und Schwäche des Tonens in der Höhe —, ist in den Jahren des Fernbleibens der Sängerin von Prag nicht besser geworden. Im Gegenteil, die Stimmängel sind früher haben sich vergrößert und zu den alten Mängeln sind neue gekommen, unter denen jener verbrauchten Stimmisemels der unerträglichste ist. Trotzdem Frau Wolf-Driner eine hervorragende Darstellerin ist und in diesem Sinne für das hochdramatische Gesangsfach besondere Eignung besitzt, kann ihrer Verpflichtung mit Rücksicht auf die unzureichende stimmlich-gesangliche Qualität nicht das Wort geredet werden. Es war also abermals ein Projektionsgastspiel ohne Zweck und Ziel. Die bisherigen zahlreichen ergebnislosen Gastspiele am Prager Deutschen Theater für das jugendlich-dramatische und hochdramatische Gesangsfach werden uns bald an dem guten Willen der Theaterleitung irren werden lassen, wirklich geeignete Kräfte zum Wettbewerb heranzuziehen. Nur eine Sängerin ganz großen stimmlichen Formates und von vielseitigster Verwendbarkeit kommt heute für das hochdramatische Gesangsfach an unserem Theater in Frage, um den umfangreichen Aufgaben gewachsen zu sein; eine Sängerin womöglich, die nicht nur ihre speziellen hochdramatischen Gesangsrollen wahrnimmt, sondern auch in den anspruchsvollen großen jugendlich-dramatischen Partien auszuheben weiß. Eine Sängerin also wie etwa die im Vorjahre leichten Herzens freigegebene Frau Reich-Dörich. —

Gastspiel Frig Wolff: „Lohengrin“. Sonntag, den 2. März findet im Neuen Theater ein Gastspiel Frig Wolffs in der Partie des „Lohengrin“ statt. Als Elsa gastiert Edith Werner vom Stadttheater Bremen auf Anstellung. Dirigent: Rudolf. Die Vorstellung beginnt um halb 7 Uhr. Abonnement aufgehoben.

Heute „Die goldne Meisterin“. In der heutigen Aufführung der Eshlerschen Operette „Die goldne Meisterin“ tritt Wende Baum nach ihrer Genesung zum ersten Mal in der Titelrolle wieder auf Leopold Dudek vom Stadttheater Tepitz gastiert als Gumpendorf auf Anstellung. Rosa Hoppé vom Stadttheater Aulstift singt als Gast für die erkrankte Frau Bongauer die Purtschunkula. Anfang 7 Uhr (122-2).

Nationaltheater: Simadel: „Die Welt der Kleinen Leute.“ Dem 70jährigen Schriftsteller selb ist Stammbuch gewidmet, daß Sozialismus und „Geimeschen am Verb“ unvereinbar sind. Gezeigt wird das Leben der Arbeiter in und außerhalb der Zuckerfabrik, bei

der Arbeit läßt man sie so viel philosophieren, daß das Taylorsystem wirklich notwendig erscheint und in den Mittelpunkt dieser Welt stellt Simadel das Ehepaar Strouhal: er ist Oberbeizer, hat ein Häuschen, heiratet eine Witwe mit zwei Kindern und will ein Heim, geleitet von einer Frau, die nicht arbeitet; bon; sie schämt sich, von einem — ihrem! — Mann erhalten zu werden und geht ihm durch, um sich und die Kinder von ihrer Hände Arbeit zu erhalten; auch gut, nur daß es bei dieser Frau und Mutter unnatürlich ist, wenn sie die Kinder, um die sie sorgt, in einem Nachtstuhl — wittert man Gorkij? — leben läßt und auf die Reize dieser Erfindung sozialen Glends erst nach drei Monaten kommt. Bisher sieht man ein Kollektivdrama, das, zwar keine Lösung bringt, aber immerhin durch die Naturalistik der Profile einzelner Typen auf naive Köpfe wirken kann. Im vierten Akt kehrt aber die mutige Frau — der Kampf der Geschlechter besteht wirklich — zurück und Dicens'sche Sentimentalität zieht heillos ein. Man verschone uns mit dieser Kraftlosigkeit, das ausgezeichnete Ensemble soll mit brauchbaren Stücken bemüht werden; das Glend einzelner kann jeder sogar der Boulevardpresse entnehmen: der Dichter soll antworten, wenn er kollektivistisch schreibt. Herr Dehl und Frau Doskalova sind echte Menschen ihrer Art; dieses Ehepaar wird man wirklich nicht so bald vergessen. Frau Redosin'ska zeigte eine treffend gepielte, gutmütig-schlechte Klatschbabe, die Herren Kolan, Kolar und Vojta warben Arbeitstypen, die echt und richtig erfasst sind; im ganzen und auch detail war zu sehen, daß diese Art der Darstellung dem tschechischen Theater immer voll gelingt. W. G.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch: (122-2), 7 Uhr: „Die goldne Meisterin“. — Donnerstag (Ensemblegastspiel Eil Dagover), halb 8 Uhr: „Was nützt die schönste Frau, wenn sie keine Zeit hat!“ — Freitag (123-3), halb 8 Uhr: „Ariadne auf Naxos“. — Samstag (124-4), 7 Uhr: „Das Land des Lächelns“. — Sonntag, halb 3 Uhr, Arbeitervorstellung: „Am Spiel der Sommerlüfte“; halb 7 Uhr (Gastspiel Frig Wolff): „Lohengrin“. — Montag (125-1), halb 8 Uhr: „Ariadne auf Naxos“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch (Bankbeamten II): „21 Tage...“ — Donnerstag: „Leinen aus Irland“. — Freitag: „Lord Byron kommt aus der Mode“. — Samstag: „Nulla di Nulla“. — Sonntag, halb 11 Uhr: „Matinee Musikakademie“; 3 Uhr: „Trio“; halb 8 Uhr: „Nulla di Nulla“. — Montag (Bankbeamten I): „21 Tage...“.

Spielplan des tschechischen Nationaltheaters. Mittwoch abends: „Bajazzo“. — „Cavalleria Rusticana“. — Donnerstag: „Die Welt der Kleinen Leute“. — Freitag: „Die verkaufte Braut“. Samstag nachm.: „Dalibor“; abends: „Die Freundin der verheirateten Frauen“. Sonntag nachm.: „Die verkaufte Braut“; abends: „Aschenbrödel Patsy“. Montag: „Seltsames Zwischenspiel“. Dienstag: „Das Herz“. Mittwoch abends: „Seltsames Zwischenspiel“.

Rindernachmittag

findet erstmalig wieder am Mittwoch, den 26. Feber im Occ-Saal statt.

Rinderfreunde Prag.

Spielplan des Ständetheaters. Mittwoch nachmittag: „Oberst Svec“; abends: „Seine erste Frau“. Donnerstag: „Die lustigen Weiber von Winbor“. Freitag: Vorstellung der Konservatorien. Samstag nachm.: „Der amerikanische Kaiser“; abends: „Troubadour“. Sonntag nachm.: „Der Rakte unter Dornen“; abends: „Eugen Oregin“. Montag: „Hoffmanns Erzählungen“. Dienstag: „Der Rakte unter Dornen“. Mittwoch nachm.: „Aschenbrödel Patsy“; abends: „Bique dame“.

Sport * Spiel * Körperpflege

Arbeiter-Wintersportfest in Johannsgeorgenstadt. Sonntag fand in Johannsgeorgenstadt ein Wintersportfest der sächsischen Arbeitersportler statt, das einen großartigen Verlauf nahm. Ueber 200 Wettkämpfer trafen sich am Start. Auch aus der Tschechoslowakei hatten sich Teilnehmer eingefunden. Das Springen litt etwas unter der vereisten Bahn. — Ergebnisse: 12 Kilometer (Sportler): 1. Tuff (Johannsgeorgenstadt) 49:55 Min. 8 Kilometer (Jugend, 16-18 Jahre): 1. Hausche (Johannsgeorgenstadt) 39:43 Min. 8 Kilometer (Alterklasse): 1. Lehnhardt (Johannsgeorgenstadt) 39:14 Min. 5 Kilometer (Jugend, 14-16 Jahre): 1. Köhler (Johannsgeorgenstadt) 18:30 Min. 3 Kilometer (Sportlerinnen): 1. Schlott (Johannsgeorgenstadt) 18:30 Min., 2. Lang (Breitenbrunn) 18:40 Min. — Springen (große Schanze): Jugend: 1. Günther (Schwaderbach) Note 19, 2. Krauß (Johannsgeorgenstadt) Note 18.44; Jugend (über 18 Jahre) 1. Böhm (Schwaderbach) Note 18.55, 2. Beh (Johannsgeorgenstadt) Note 18.66; Alterklasse: 1. Runz (Johannsgeorgenstadt), Note 18, 2. Lorenz (Schwaderbach) Note 16.56. Bester gestandener Sprung: 34 Meter, Runz (Johannsgeorgenstadt).

Geisheit Weidlich gegen Helios Dresden 1:2, in Dresden. Es wurde glänzender Sport geboten. Das Treffen war stets scharf, aber fair. Zwei Minuten vor Schluß konnte Helios durch Effmeyer den Sieg sicherstellen. Ein Unentschieden wäre gerechter gewesen.

Arbeiter-Sportklub Keramia Znaim. Durch Mitglieder des sogenannten unpolitischen DSK Znaim und mit Unterstützung des Gen. Ledner (Bodo Wien) wurde dieser Tage in Znaim obiger Verein gegründet, der sich hauptsächlich mit Fußball befassen wird. Keramia wird in regen Spielverkehr mit niederösterreichischen Arbeitervereinen treten.

Wiener Arbeiter-Fußball. Donaufeld gegen Red Star 1:0 (1:0), St. Veit-Gabwert gegen Westbahn-Fußballhaus 9:2 (6:0), Feuerwehr gegen Ruzdorf 3:2 (1:2), Ostbahn-Simmering gegen Rekord Rider 2:2 (2:1), Fellen gegen Donau 5:4 (4:2), Germania-Rudolfshaus gegen Minerva 4:2 (2:0), Halle gegen Auto 1:0 (1:0), Gie gegen Graphia 3:2 (0:1), Zentralverein gegen Wautner-Simmering 1:1 (0:1).

Große Ueberraschung in der Sachsenmeisterchaft. VfL Südost Leipzig wurde Sonntag in Leipzig von Niederhaußau mit 3:6 (1:2) geschlagen. Eifer und Schnelligkeit bezwangen die technisch bessere Mannschaft. Durch Leipzigs Niederlage fällt die Entscheidung erst am 2. März im Wiederholungsspiel Niederhaußau gegen Jahn Rittweide. Ein Unentschieden in diesem Spiel genügt Niederhaußau zur Erlangung des Meistertitels.

Der Wiener Arbeiter-Fußballverband hat die Entsendung eines Frauen- und eines Männerteams zum Bundes-Turn- und Sportfest in Aulstift in Aussicht genommen.

Herausgeber: Siegfried Laub. Chefredakteur: Wilhelm Reichner. Berichterstatter: Dr. Emil Strauß, Prag. Druck: Rota K.-G. für Fehling und Buchdruck. Prag für den Druck verantwortl. Otto P. o. s. s. Die Preisungsstellenanträge werden von der Post- u. Telegraphen-Direktion mit Erlaß Nr. 13.500/VII-1929 emittiert.

Sprachbuch grotis

betitelt: „Die psychotechnische Sprachmethode“ (461. Auflage). Es wird an Hand von Beispielen gezeigt, wie der Vokabelschatz einer fremden Sprache ohne Auswendiglernen erworben und das Studium d. Grammatik durch Psycho-Automatisierung erleichtert werden kann. Schnell und mühelos in vollkommener Geläufigkeit Englisch, Französisch usw. meistern möchte, erhält d. aktuelle u. lehrreiche Buch überhand vom: Verlag für zeitgen. Sprachmethode, München G. 52.

Der fröhliche Reher. Bessere Satiren von Rigolo. R 11-

Bollsbuchhandlung. Trolch-Schnau. Preisgeb. 12. Abt. gegenüber dem neuen Stadttheater.

Der Kleingarten. seine Anlage, Einleitung und Bewirtschaftung. Von Max Hesse. M. 6.80.

VOLKSBUCHHANDLUNG. Krauss & Co., Leipzig. Schöner, Königs röhre direkt gegenüber dem neuen Stadttheater.

Rechnungsabrechnung der Reichsministerien vom 1. Okt. 1928.

Rechnung

Rechnung für das Jahr 1928.

Rechnung

Artikel	Beschreibung	I		2		3		4	
		K	h	K	h	K	h	K	h
I	1	63	56	6183	56	6183	56	6183	56
II	1	63	00	41.685	00	41.685	00	41.685	00
III	2	83	58	116.288	58	124.70	70	116.388	28
IV	1	63	85	37.267	85	178	77	37.746	62
V	3	69	92	90.036	92	20.290	83	920.927	75
VI	1	76	30	2.579.200	30	2.579.200	30	2.579.200	30
VII	1	83	00	177.000	00	177.000	00	177.000	00
VIII	1	83	52	2.490.549	52	88.444	35	2.584.988	87
IX	1	83	65	1.678.974	65	14.985	86	1.691.940	51
X	2	101	8	4.276.824	8				
	Summe	4.188.585	96	4.672.735	47	8.856.351	43	8.856.351	43

Artikel	Beschreibung	1		2		3		4	
		K	h	K	h	K	h	K	h
I	1	78.221	90	73.221	91	73.221	91	73.221	91
II	1	8.305	10	1.217	07	10.522	10	10.522	10
III	2	5.235	70	5.235	70	5.235	70	5.235	70
IV	3	6.512	50	704	00	7.216	50	7.216	50
V	4	124.883	40	40.185	6	164.739	00	164.739	00
VI	5	110.489	72	27.429	33	137.919	05	137.919	05
VII	6	68.323	75	1.836	00	68.159	75	68.159	75
VIII	7	3.912	00	370	00	4.282	00	4.282	00
IX	8								
X	9								
XI	10								
	Summe	399.584	07	71.711	93	4.076.892	29	8.856.351	43

Genehmigt in der gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und Verwaltungsausschusses, am 20. Febr. 1930.

Gedruckt und richtig befinden.

Abteilung a. 9., am 14. Dezember 1929 und 8. Jänner 1930.

Der leitende Beamte: *ber Krankeverfürsorgeanstalt:* Für die Buchhaltung:

Der Verwaltungsausschuss:

Emil Schlegel m. p. *Herbert Gilhofer m. p.*

Anton Stern m. p., Ebnmann. *3. H. Dr. Karl Rippe m. p.*

Georg Stiefel m. p.

Sofie Schlegel m. p.

Rudolf Schlegel m. p.

Georg Stiefel m. p.

Emil Stadler m. p.

Sofie Stiefel m. p.

Georg Stiefel m. p.

Sofie Stiefel m. p.
Georg Stiefel m. p.